

Vedran Dzihic

## Kickl, Orbán, Vučić: Die neue autoritäre Achse

Als Donald Trump am 8. November 2016 das erste Mal zum Präsidenten der USA gewählt wurde, unterrichtete ich ausgerechnet am nächsten Tag in einem internationalen Masterstudienlehrgang an der Universität Wien, in dem einige US-amerikanische Studierende saßen. An diesem Morgen befanden sie sich im Schockzustand, einige weinten sogar. Wir haben Angst vor der Zukunft, sagten sie. Ich sprach von der Resilienz der US-amerikanischen Demokratie, von all jenen, die Trump – so meine damalige Hoffnung – in Schach halten würden. Zu Beginn dieses Jahres stand ich unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen erneut im Seminar und war selbst unter Schock. Gerade hatte in Wien, wo ich lebe, die ÖVP eine radikale Kehrtwende hin zur FPÖ von Herbert Kickl vollzogen. Anders als 2016 waren es diesmal meine österreichischen Studierenden, die mir sagten, dass sie Angst um die Demokratie in Österreich und in Europa haben.

Und damit sind sie nicht allein. Weite Teile des demokratischen Europas befanden sich nach dem erneuten Sieg von Donald Trump in Schockstarre und suchten Trost in dem Motto „Es wird schon nicht so schlimm kommen“. Ganz anders jedoch die Autokraten im Osten und Südosten Europas: Sie zeigten sich schnell enthusiastisch. Milorad Dodik, der prorussische Präsident der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina, ließ das Präsidentschaftsgebäude in Banja Luka mit dem Konterfei von Trump beleuchten. Auch die anderen selbsterklärten starken Männer, allen voran der ungarische

Ministerpräsident Viktor Orbán, sein slowakischer Amtskollege Robert Fico und Serbiens Präsident Aleksandar Vučić, beeilten sich, dem neuen US-Präsidenten zu gratulieren.

Schon nach dem Sieg Kickls bei den österreichischen Parlamentswahlen Ende September 2024 hatten dieselben Politiker überschwänglich dem Spitzenkandidaten der rechtsradikalen FPÖ gratuliert. Die Beziehungen der FPÖ zu Vučić SNS oder zu Dodik sind schon seit den Zeiten von Kickls Vorgänger Heinz Christian Strache freundschaftlich und ideologisch wie geschäftlich gefestigt. Ein möglicher Kanzler Kickl würde daher wohl kaum seine autoritären Freunde am Westbalkan vergessen. Orbán bekäme dann einen neuen zuverlässigen Partner für seinen Feldzug gegen Brüssel und gegen liberale Demokratie.

Hier sehen wir die Umriss einer neuen autoritären Internationale. Sie verfügt in Europa mit Orbán über ein globales Role Model für die Aushebelung der Demokratie und hat mit einem Präsidenten Trump nun ein überaus mächtiges Mitglied gewonnen

Welche Bedrohungen davon für Europa ausgehen, zeigt sich am Balkan. Denn Vučić und Dodik hoffen auf Trumps Unterstützung für ihre klientelistischen Regime, allen voran für ihre Ideologie der „serbischen Welt“, die de facto auf den alten Traum von „Großserbien“ hinausläuft. Dodik will schon länger die Sezession der serbischen Teilrepublik aus dem föderalen bosnischen Staat. In Serbien setzen viele darauf, die neue US-Regierung könne zu Deals in Bezug auf den Koso-

vo bereit sein. Mit einem erratischen Präsidenten Trump, der Außenpolitik vor allem transaktional denkt, ist auch am Balkan alles denkbar. Selbst das Öffnen der Pandorabüchse im Sinne der großserbischen Nationalisten ist im schlimmsten Szenario nicht auszuschließen. Dies würde nicht nur auf lange Zeit die Demokratiebewegungen am Balkan schwächen, sondern wohl auch bedeuten, dass neue bewaffnete Konflikte in der Region nicht mehr ausgeschlossen sind.

### **Orbán's Allianz**

Umso bedenklicher ist es daher, dass die EU, die sich seit dem Ende des Kosovokrieges im Jahr 2000 als stärkste norm- und wertegebende demokratische Kraft am Balkan positioniert hatte, derzeit mehr einem hilflosen Beobachter als einem starken und tonangebenden Akteur gleicht. Hatte sie Serbien nach den Wahlen im Dezember 2023 noch heftig wegen des offensichtlichen Wahlbetrugs kritisiert, avancierte das Land aufgrund seiner Lithium-Vorkommen im vergangenen Sommer zum wichtigen Partner der EU – und Deutschlands. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besuchte unlängst Belgrad und lobte „ihren Freund“ Vučić für Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit. Das ist eine Farce, die der Kommission nun auf die Füße fällt – denn bei der jüngsten Protestwelle in Serbien ging das Regime im Frühwinter bisweilen recht brutal gegen die Demonstrierenden vor. Vergisst Brüssel seine Normen und Werte im Umgang mit Autokraten und begibt sich auf pragmatischen Kuschelkurs mit ihnen, sägt es offen am eigenen Ast und untergräbt vollends seine Glaubwürdigkeit am Balkan.

Zudem gibt es abseits der Institutionen in Brüssel längst EU-Staaten, die sich offen auf die Seite von Vučić oder Dodik stellen. Orbán gilt seit Jahren als der große Freund und Patron von

Serbien und der Republika Srpska. Fico hat sich dieser neuen autoritär-nationalistischen Allianz nur zu gerne angeschlossen. Mit einem möglichen Kanzler Kickl kommt nun ein neuer autoritärer Puzzlestein hinzu. Im zentral- und südosteuropäischen Kontext sind die Konturen der neuen autoritären Achse also schnell umschrieben. Es sind auf Bosnisch, Serbisch und Kroatisch die vier „B“: Budimpešta, Beograd, Bratislava – und nun offensichtlich auch Beč, wie man die österreichische Hauptstadt Wien in diesen Sprachen schreibt. In Budapest, Budapest und Bratislava und nun wohl auch bald Wien denkt man schon weiter und hofft, dass sich auch weitere Länder bald dieser Allianz anschließen könnten – Tschechien mit einem möglichen zukünftigen Premierminister Andrej Babiš wäre der naheliegende Kandidat.

In einem jüngsten Gastkommentar für die österreichische Tageszeitung „Der Standard“ argumentiert der polnische Journalist Bartosz T. Wieliski, einst sei die Geschichte Europas von Österreich-Ungarn geschrieben worden, heute werde es wohl von Ungarn-Österreich sein, mit Orbán an der Spitze. Denn der ungarische Ministerpräsident gebe sein Wissen über die autoritäre Umgestaltung von Demokratien weiter, führe die EU an der Nase herum und knüpfe munter das neue autoritäre Netzwerk. Gerade in Zentral- und Südosteuropa pulsiert also ein mächtiges Zentrum einer größeren, europäischen und nun mit Trump auch globalen autoritären Allianz, die vor allem eines eint – tiefe Verachtung für die liberale Demokratie.

Dies schlägt sich immer zuerst auf der nationalen Ebene nieder, wo die neuen Autoritären nahezu geschlossen vom seit 2010 entwickelten Orbánschen Drehbuch abschreiben: Abbau der Rechtsstaatlichkeit, Kontrolle der Medien, Einbindung der wirtschaftlichen Eliten. Und wenn sich auf den Straßen der Protest regt, wie seit einigen Wochen in Serbien oder in Ge-

orgien, dann scheut man auch nicht vor Repression zurück. Stets begleitet wird dies von der ohrenbetäubenden Rhetorik der Rechtsautoritären, voller Selbstherrlichkeit und national-chauvinistischen Parolen, die das Volk in „gut“ und „böse“ unterteilen und die politischen Gegner zum Teufel schlechthin erklären.

Und es findet sich dann immer sehr schnell – ob seit mehr als einem Jahrzehnt in Ungarn und Serbien oder nun wieder in der Slowakei, aber auch in den USA bei Vertretern der Wirtschaftseliten wie Mark Zuckerberg – genügend an „ordinärem Gehorsam gegen irgendwie zur Macht Gekommene“, wie der österreichische Journalist Paul Lendvai unlängst den Basler Historiker Jacob Burckhardt (1818-1897) zitierend, feststellte. Das dürfte sich bald auch in Österreich zeigen, so Lendvai weiter: „Die Steigbügelhalter, Speichellecker, gesinnungs- und charakterlosen Mitläufer stehen auch jetzt bereit, dem blauen Sieger bei der Abschaffung des verhassten ‚Systems‘, der liberalen Demokratie, zu helfen.“

### **Ein großes antidemokratisches Experiment**

Von der „Entsicherung von Zuständen“, sprach von einiger Zeit der deutsche Soziologe Wilhelm Heitmeyer in seiner bahnbrechenden Untersuchung über die rechten Bedrohungsallianzen. Die neue Unübersichtlichkeit und existentielle Krisen, die Zitterigkeit unserer liberaldemokratischen Republiken, rufen im Inneren unserer Gesellschaften xenophobe Nationalisten, Autoritäre aller Couleur und Rechtsextreme auf den Plan. Die Heilsversprechen der Rechtsextremen und der Autoritären, die einfachen Lösungen, die in der Regel auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden sollen, ziehen viele in ihren Bann. Was deren Anhänger und willige Koalitionäre dabei oft übersehen, ist, dass damit in letzter

Konsequenz die Koordinaten unserer Gesellschaften neu umschrieben werden und sie zu Gemeinwesen werden, wo Macht- und Dominanzgesten, Kontrolle und Furcht die sozialen Beziehungen definieren. Die ukrainische Autorin Tanja Maljartschuk brachte dies unlängst so präzise wie alarmierend auf den Punkt: „Im Autoritarismus ist alles einfacher. Selbst wenn ihr es wollt, könnt ihr aneinander nicht vorbeigehen: du und die Macht über dich, die einem anderen gehört. Es besteht nur diese Beziehung. Man blickt auf die Macht, und die Macht zwinkert zurück. Es gibt keine Krümel auf dem Tisch, alles befindet sich in bester Ordnung. Eine feine Schicht Furcht bedeckt alles, womit man in Berührung kommt, jedes einzelne Wort, das man spricht oder verschweigt.“

Der antidemokratische Tabubruch auf der nationalen Ebene und die Veränderungen unserer liberaldemokratischen Gemeinwesen vollziehen sich schnell. Ebenso rasch verschieben sich die Grenzen des Sagbaren, Denkbaren und Machbaren. Und dieser Tabubruch findet schon längst seine internationale Fortsetzung, denn Trumps neue Präsidentschaft verspricht in dieser Hinsicht eine neue negative Qualität. Mit seiner Angelobung beginnt wohl eines der größten antidemokratischen Experimente der neueren Zeit – in der Welt Trumps und seines Beraters Elon Musks sollen die USA als einstiger selbsternannter Leuchtturm der Freiheit und Demokratie mit globaler Strahlkraft der Trumpschen autoritären MAGA-Fantasie weichen.

### **Wo bleiben die demokratischen Kräfte?**

Welche Antworten haben liberale und demokratische Kräfte bislang auf die autoritäre Gefahr gefunden? Spätestens die russische Aggression gegen die Ukraine hätte der Weckruf für alle Demokraten in Europa sein müssen.

Er war es aber nicht. Ist die mögliche Kanzlerschaft Kickls in Österreich oder das erwartet starke Abschneiden der größtenteils rechtsextremen AfD bei den Bundestagswahlen in Deutschland im Februar ein nächster Weckruf, den man verpassen wird?

Heitmeyer beklagte schon vor Jahren die politische Visionslosigkeit und das schaumgebremste ängstliche Handeln der demokratischen Kräfte, ja die Erschöpfung utopischer Energien. Vielleicht haben wir uns in Europa in den vergangenen Jahrzehnten zu sehr in Demokratie, Wohlstand und Konsumismus eingerichtet? Vielleicht haben wir vergessen, dass Demokratie nie fertig und immer im Werden ist, dass es keine Garantien für die Freiheit gibt und dass diese von einem Tag auf den nächsten weg sein kann?

Wir haben kein klares Rezept, wie wir unsere westlichen Demokratien nachhaltig gegen autoritäre Versuche und Gefahren und letztlich gegen ihre Gegner verteidigen können. Es fehlen auch die Konturen einer positiven Vision von der Zukunft – ja, auch eine Utopie, die die Zukunft leidenschaftlich mit der Hoffnung verbindet und Menschen wieder begeistern kann. Eines ist aber klar: Es muss eine Menge getan werden und dies sehr schnell, damit unsere liberale Demokratie und unsere Freiheit erhalten bleiben.

### **Neue zivilgesellschaftliche Allianzen**

Ich schreibe diese Zeilen aus Wien, wo sich ähnlich wie 2000, als die erste schwarz-blaue Regierung unter Wolfgang Schüssel und Jörg Haider angeht, bereits in den ersten Tagen des Jahres 2025 gut 50 000 Protestierende zu einer „Donnerstagsdemonstration“ gegen Blau-Schwarz und einen „Volkskanzler“ Kickl versammelt haben.

Die 50 000 Demonstrierenden in Wien stehen jenen 100 000 jungen Men-

schen in Serbien sehr nahe, die in der Silversternacht den Neujahrbeginn mit einer großen Demonstration im kalten Belgrad einläuteten. Es ist die Fortsetzung einer Protestwelle, die im Herbst begonnen hatte: Als am 1. November 2024 das von frisch von einem dubiosen Geflecht an Baufirmen renovierte Dach des Bahnhofsgebäudes in Novi Sad kollabierte und 15 Menschen tötete, regte sich in Serbien eine neue Welle der Wut und der Erbitterung über Vučić und seine autoritären Herrschaft. Das eingestürzte Dach und die Ursachen dafür, die tief im korrupten Gebaren der serbischen Mächtigen zu finden sind, stehen in den Augen der Protestierenden für eine Regierung, die ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger tötet.

In der ohrenbetäubenden Stille der Silvesternacht, als man der Opfer von Novi Sad gedachte, in der Studierendenbewegung in Serbien heute, in den Massen all jener, die Anfang 2024 nach dem Bekanntwerden der Remigrationspläne von Potsdam in so vielen deutschen Städten zusammenkamen, um sich gegen die menschenverachtenden Gewaltfantasien der rechts-autoritären Kräfte zu stemmen, in aktuellen Protesten in Österreich – überall hier steckt der Nukleus einer neuen Bewegung, die sich, so meine Hoffnung, den Autoritären widersetzen können wird.

Diese neuen Allianzen der demokratischen Kräfte werden wir brauchen. Zugleich muss sich dieses zivilgesellschaftliche Erwachen und Engagement mit all jenen Kräften in Bürokratie, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und den Medien zu einer Allianz verbinden, die für Rechtsstaat, Demokratie und liberale Werte kämpft. Die demokratische Erneuerung Europas, falls sie uns gelingen soll, wird ein langwieriger Prozess. Am Beginn davon – dies war auch die Botschaft für meine Studierenden in Wien – müssen wir die Angst und Hilflosigkeit abschütteln und beginnen, um unsere Freiheit zu kämpfen.